Stadt Hameln Hameln, 18.12.2023

Protokoll Nr. 4/2023

über die Sitzung des Ausschusses für Recht und Sicherheit

Donnerstag, 16. November 2023 von 16:30 Uhr bis 18:20 Uhr Feuerwehrhaus Afferde, 31789 Hameln

Öffentliche Tagesordnungspunkte

Anwesend waren:

Ausschussvorsitz

Nietardt Merve Mareike

Stelly. Ausschussvorsitz

Meier Daniel

Ausschussmitglied

Brüggemann Jobst-Werner
Brüggemann Martin wurde vertreten durch Herrn Burhenne
Drömer Fabian fehlte entschuldigt
Hönke Dorothee
Hothan Dirk
Limberg Hans-Günter
Lönnecker Björn wurde vertreten durch Herrn Wilfried Binder
Mackenthun Jürgen
Meyer Elke
Paschwitz Gerhard
Siepmann Gerd wurde vertreten durch Frau Dreisvogt

Grundmandat

Pfisterer Klaus

Beratendes Mitglied

Weber Markus

Vertretung der Verwaltung

Martina Harms (StRin) Christian Campe (FBL 2) Thomas Breitkopf (AL 27) Ines Manzau (AL 22)

Gast

Adam Zamykal

Protokollführung

Frau Hartmann

Vor Eintritt in die Tagesordnung fand eine Einwohnerfragestunde (ca. 15 Minuten) statt.

Die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit wurden festgestellt.

Frau Nietardt begrüßte alle Anwesenden.

Vorlage	ТОР	Öffentliche Tagesordnungspunkte
	1.	Genehmigung des Protokolls Nr. 3/2023 vom 06.09.20232
	2.	Haushaltsplanentwurf und Mittelfristenplanung 2024
182/2023	3.	Aufhebung der Bewohnerparkgebührensatzung und Erlass einer
		Bewohnerparkgebührenverordnung
184/2023	4.	Zweckvereinbarung zur interkommunalen Zusammenarbeit der Stadt
		Hameln und dem Landkreis Hameln-Pyrmont auf dem Gebiet des
		Sprengstoffwesens
	5.	Vorstellung Fa. FORPLAN Forschungs- und Planungsgesellschaft für
		Rettungswesen, Brand- und Katastrophenschutz mbH - aktueller
		Sachstand der Feuerwehrbedarfsplanung für die Stadt Hameln
	6.	Bericht des Stadtbrandmeisters
	7.	Mitteilungen der Verwaltung
	8.	Anfragen, Anregungen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder

TOP 1. Genehmigung des Protokolls Nr. 3/2023 vom 06.09.20232

Abstimmungsergebnis:

Ja: 11 Nein: 0 Enthaltung: 1

TOP 2. Haushaltsplanentwurf und Mittelfristenplanung 2024

Aus der Aussprache:

Herr Campe erklärte den Haushaltsplan 2024 der Stadt Hameln und konzentrierte sich besonders auf die Finanzen des Fachbereichs 2. Frau Dreisvogt bemängelte, dass sie nur eine beiläufige aber keine schriftliche Antwort auf ihre Anfrage bezüglich der Aufteilung der Kosten für die Freiwillige Feuerwehr (FF) und die Hauptberufliche Wachbereitschaft (HWB) erhalten habe. Herr Breitkopf erklärte, dass dies nicht möglich sei, da es vor Ort keine Unterschiede in den Kosten zwischen FF und HWB gebe. Als Beispiel führte er etwa die gemeinsame Kleiderkammer an.

Frau Dreisvogt merkte an, dass es Berichten zufolge an Bekleidung für die FF fehlte. Herr Breitkopf erklärte, dass der Bedarf jedes Jahr von den Ortsbrandmeistern ermittelt und berücksichtigt werde. Herr Weber fügte hinzu, dass die Beschaffung neuer Feuerwehrkleidung aufgrund langer Lieferzeiten schwierig sei.

Herr Limberg fragte nach, ob es Zuschüsse für die geplanten Feuerwehrhäuser gebe. Herr Campe verneinte dies. Die Stadt Hameln ist aufgrund einer Neubewertung keine Bedarfskommune mehr.

Frau Dreisvogt wollte wissen, warum ein Löschunterstützungsfahrzeug (LUF) und ein Abrollbehälter-Wasser (AB-Wasser) angeschafft werden sollen, obwohl bereits ein Hytrans Fire System (HFS) vorhanden ist. Herr Breitkopf erklärte, dass das HFS aufgrund der schlechten Löschwasserversorgung in Hastenbeck angeschafft wurde. Der AB-Wasser ist ein Behälter, der auf ein Wechselladerfahrzeug geladen wird und im Rahmen des Waldbrandkonzepts benötigt werde. Das LUF sei für Brände in Tiefgaragen und ähnlichen gefährlichen Situationen vorgesehen.

Herr Binder fragt nach, warum der AB-Wasser im Rahmen des Waldbrandkonzeptes beschafft werden soll, wenn doch dieses Konzept noch gar nicht vorliegt. Herr Weber erläuterte, dass dieses Konzept von Herrn Scholz erarbeitet werde. Das Konzept sei jedoch bereits zum größten Teil fertiggestellt.

Herr Binder erkundigte sich nach dem höheren Haushaltsansatz für 2024 im Zivilschutz und im Rettungsdienst im Vergleich zu 2023. Frau Harms verwies auf schriftliche Antworten, die den Ausschussmitgliedern zugesandt wurden, um diese Frage zu klären.

.

TOP 3. Aufhebung der Bewohnerparkgebührensatzung und Erlass einer Bewohnerpark-182/2023 gebührenverordnung

Beschlusstext:

Die Satzung über die Erhebung von Bewohnerparkgebühren in der Stadt Hameln (Bewohnerparkgebührensatzung) vom 28.09.2022, in Kraft getreten am 01.11.2022, veröffentlicht im Amtsblatt Nr. 10B/2022 vom 05.10.2022 wird mit sofortiger Wirkung durch Satzung, **Anlage 1**, aufgehoben.

Die Rechtsverordnung über die Erhebung von Bewohnerparkgebühren in der Stadt Hameln (Bewohnerparkgebührenverordnung), Anlage 2, wird beschlossen.

Aus der Aussprache:

Herr Limberg fragte, was es bedeuten würde, wenn man vierteljährliche Zahlungen von maximal 240,00 € einführt. Frau Manzau sagte, dass dies zusätzliche Arbeit, besonders im Kassenbereich, verursachen würde. Sie erwähnte auch, dass mit der neuen Gebührenverordnung bereits die vierteljährliche Beantragung von Parkausweisen möglich ist.

Herr Pfisterer fragte, wie es mit den Chancen auf eine erneute Ausstellung aussieht, wenn man einen Monat aussetzt und dann einen Ausweis beantragt. Frau Manzau erklärte, dass dies derzeit kein Problem sei aufgrund einer geringen Nachfrage, aber die zukünftige Entwicklung unbekannt sei.

Herr Paschwitz fragte nach der Rückzahlung der überzahlten Gebühren. Frau Manzau sagte, dass alle Betroffenen bereits kontaktiert wurden und die meisten ihre

Kontoverbindungen für die Rückzahlung angegeben haben. Die Auszahlung erfolgt jedoch erst im Januar.

Herr Limberg stellte folgenden Änderungsanträge:

- 1. die Möglichkeit einer vierteljährlichen Zahlungsweise und
 - 2. den Jahreshöchstbeitrag auf 240,00 € zu begrenzen

Herr Meier bedauerte, dass die Sozialstaffelung wegfällt. Er möchte jedoch keine erneute Diskussion über die Höhe führen wollen.

Frau Manzau wies darauf hin, dass die Beantragungsperiode nicht mehr auf das Kalenderjahr beschränkt, sondern auch unterjährig möglich sei. Dies würde eine vierteljährliche Zahlung verkomplizieren. Herr Binder betonte, dass die Möglichkeit, eine Erlaubnis für weniger als ein Jahr zu beantragen, eine vierteljährliche Zahlung überflüssig und unpraktisch mache. Frau Dreisvogt schloss sich Herrn Binder an.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 11 Nein: 1 Enthaltung: 0

TOP 4. Zweckvereinbarung zur interkommunalen Zusammenarbeit der Stadt Hameln 184/2023 und dem Landkreis Hameln-Pyrmont auf dem Gebiet des Sprengstoffwesens

Beschlusstext:

Die Verwaltung wird beauftragt, die der Vorlage als Anlage beigefügte "Zweckvereinbarung zur interkommunalen Zusammenarbeit der Stadt Hameln und dem Landkreis Hameln-Pyrmont auf dem Gebiet des Sprengstoffwesens" abzuschließen. Die Verwaltung wird ermächtigt, etwaige redaktionelle Änderungen vorzunehmen

Aus der Aussprache:

Frau Manzau erklärte, dass der Gesetzgeber die Zuständigkeit im Waffenwesen geändert hat und diese ab dem 01.01.2024 beim Landkreis Hameln-Pyrmont liegt. Das Sprengstoffwesen, das ein Teil des Waffenwesens ist, soll ebenfalls vom Landkreis übernommen werden, um beide Zuständigkeiten zusammenzuführen. Es ist absehbar, dass auch die Zuständigkeit für das Sprengstoffwesen vom Gesetzgeber auf den Landkreis übertragen wird, wodurch diese Zweckvereinbarung obsolet werde.

Stadt und Landkreis haben die Zweckvereinbarung gemeinschaftlich erarbeitet. Der Landkreis hat sie bereits genehmigt, daher bittet Frau Manzau um Zustimmung. Herr Paschwitz fragte, ob diese Vereinbarung auch das Silvesterfeuerwerk betreffe, was Frau Manzau verneinte.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 12 Nein: 0 Enthaltung: 0

TOP 5. Vorstellung Fa. FORPLAN Forschungs- und Planungsgesellschaft für Rettungswesen, Brand- und Katastrophenschutz mbH - aktueller Sachstand der Feuerwehrbedarfsplanung für die Stadt Hameln

Aus der Aussprache:

Herr Zamykal von Forplan stellte die Firma und den aktuellen Sachstand zum Feuerwehrbedarfsplan vor. Er erklärte, dass dieser insbesondere durch Gefährdungs- und Risikoanalysen erstellt werde. Er betonte, dass der Zeitplan eingehalten werde.

Herr Binder wies explizit darauf hin, dass der Politik sehr an dem Prüfauftrag einer möglichen Ausgliederung des Rettungsdienstes gelegen sei, um die Doppelbelastung von Rettungsdienst und Feuerwehr zu reduzieren.

Herr Paschwitz fragte nach dem aktuellen Stand der Fahrerlaubnisse, und Herr Zamykal sagte, dass dies im Bedarfsplan dargestellt wird.

Frau Dreisvogt erkundigte sich nach den Befragungen der Feuerwehrleute, die im November abgeschlossen sein sollten. Herr Zamykal Informierte über einen Rücklauf von über 80 % der Befragten. Sie fragte auch nach den unterschiedlichen Fragebögen für die Freiwillige Feuerwehr und die Hauptberufliche Wachbereitschaft. Herr Zamykal erklärte, dass die Schwerpunkte unterschiedlich sind, wobei diese bei der FF auf der Verfügbarkeit und bei der HWB auf der Arbeitsumgebung und der technischen Ausstattung lagen.

•

TOP 6. Bericht des Stadtbrandmeisters

Aus der Aussprache:

Herr Weber teilte mit, dass die Unterstützung der HWB durch die FF gut funktioniere, und 39 Kameradinnen und Kameraden den Vertrag mit der Stadt Hameln unterschrieben haben.

Am 23.09.2023 fand der 1. Blaulichttag des Landkreises von 10:00 bis 18:00 Uhr statt. In der Nachbesprechung auf Landkreisebene wurde beschlossen, den Blaulichttag alle drei Jahre auszurichten.

Die Ausschreibung für 42 Führerscheine für die FF ist erfolgt, die Ausbildung beginnt nächste Woche. Sie findet an vier Samstagen von 08:00 bis 15:00 Uhr und möglicherweise an verschiedenen Abenden statt. Die theoretische Ausbildung soll bis Ende Januar abgeschlossen sein, gefolgt von der praktischen Ausbildung.

Die Auslieferung des TLF 3000 für Halvestorf verzögere sich voraussichtlich bis Februar 2024.

Nach dem Ausscheiden von Herrn Scholz als stellvertretender Stadtbrandmeister wurde Herr Klemme einstimmig in der Ratssitzung am 24.10.2023 zum stellvertretenden Stadtbrandmeister gewählt.

Im Berichtszeitraum gab es neben Klein- und Entstehungsbränden und Hilfeleistungen auch zwei Gefahrguteinsätze, bei einer Logistikfirma und auf der Hastenbecker Landstraße.

Herr Weber äußerte seinen Unmut über einen Artikel in der Deister- und Weserzeitung vom 15.11.2023 und betonte erneut, dass es keine Rivalität zwischen FF und HWB gebe.

Frau Dreisvogt dankte Herrn Weber, dass er auf den Zeitungsartikel reagiert hat. Sie bedauert, dass dieser Artikel Unmut ausgelöst hat.

Herr Paschwitz fragte, ob geplant ist, sich mit der Zeitung in Verbindung zu setzen und die Angelegenheit zu klären. Herr Weber sagte zu, dies zu tun.

TOP 7. Mitteilungen der Verwaltung

Aus der Aussprache:

Herr Campe präsentierte den Notfallflyer, der u.a. im Bürgeramt zur Verfügung stehen wird.

.

TOP 8. Anfragen, Anregungen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder

Aus der Aussprache:

Frau Dreisvogt fragte Frau Manzau nach Fortbildungen für den Ordnungsdienst, die beim 'Runden Tisch Obdachlosigkeit' diskutiert wurden. Frau Manzau bestätigte, dass diese Schulungen aufgrund von Zeit- und Budgetbeschränkungen bisher nicht stattgefunden haben. Sie erklärte, dass die Kräfte zunächst Schulungen für Vollstreckungsmaßnahmen erhalten haben und die anderen Schulungen folgen werden.

Frau Dreisvogt fragte, warum die Gelder für diese Maßnahmen nicht im Nachtragsplan beantragt wurden. Frau Harms erklärte, dass die zur Verfügung stehenden Mittel aufgrund der Budgetkürzungen im Rahmen der globalen Minderausgabe zum Jahresende knapp werden. Sie betonte jedoch, dass die politischen Beschlüsse umgesetzt werden.

Herr Pfisterer kritisierte die Fahrbahnmarkierung auf dem Kastanienwall. Frau Manzau sagte zu, sich darum zu kümmern.

[Anmerkung der Protokollführung: Frau Manzau teilte mit, dass noch Restarbeiten im Bereich Kastanienwall durchgeführt werden müssen, abhängig von Wetter und Verfügbarkeit der Fachfirma für die Markierungsarbeiten.]

Martina Harms	Merve Mareike Nietardt	Elisabeth Hartmann
Erste Stadträtin	Ausschussvorsitzende	Protokollführung